

11.11.2008

Antwort

der Landesregierung

auf die Kleine Anfrage 2831 vom 7. Oktober 2008
des Abgeordneten Rüdiger Sagel fraktionslos
Drucksache 14/7627

Besten-Ehrung NRW – Schüler und Schülerinnen unerwünscht?

Der Ministerpräsident hat die Kleine Anfrage 2831 mit Schreiben vom 7. November 2008 für die Landesregierung im Einvernehmen mit der Ministerin für Schule und Weiterbildung wie folgt beantwortet:

Vorbemerkung der Kleinen Anfrage

Am 24.09.2008 fand die „Ehrung“ der Besten des Abiturjahrgangs 2008 statt. Auf Anfrage eines Schülers, der ebenfalls geehrt werden sollte, bei der Staatskanzlei, wer denn bei der Veranstaltung reden dürfe, betonte diese, dass ausschließlich Vertreterinnen und Vertreter aus Politik und Wirtschaft Reden halten sollten. Alle Bitten, dass doch auch eine Schülerin oder ein Schüler eine Rede halten dürfe, wurden abgelehnt. Einige Tage später erhielt die ehemalige Schule des betroffenen Schülers eine Mail von der Staatskanzlei, in der letztere sich über die Initiative des Schülers beschwerte.

Vorbemerkung der Landesregierung

Die Kleine Anfrage geht von einem unzutreffenden Sachverhalt aus:

- 1) Die Bestenehrung war keine Ehrung „der Besten des Abiturjahrgangs 2008“. Stattdessen wurden die Absolventinnen und Absolventen aller an zentralen Prüfungen teilnehmenden Schulformen aus Nordrhein-Westfalen geehrt (auch von Haupt-, Real- und Gesamtschulen nach Klasse 10 sowie von Berufs- und Weiterbildungskollegs).
- 2) Die ehemalige Schule des betroffenen Schülers hat entgegen der Darstellung keine E-Mail der Staatskanzlei erhalten, in der diese sich über die Initiative des Schülers beschwerte.

Datum des Originals: 07.11.2008/Ausgegeben: 14.11.2008

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de
--

1. Wer durfte auf der Veranstaltung reden (bitte aufschlüsseln nach Person und Funktion)?

- Dr. Jürgen Rüttgers, Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen
- Barbara Sommer, Ministerin für Schule und Weiterbildung
- Dr. Frank Appel, Vorsitzender des Vorstandes Deutsche Post AG

2. Wie begründet die Landesregierung, für die Bildungspolitik laut eigener Bekundungen, eine herausragende Rolle einnimmt, dass sie die Betroffenen der Bildungspolitik, die Schülerinnen und Schüler, auf solch einer Veranstaltung nicht zu Wort kommen lässt?

Zweck der Veranstaltung war es, die besten Schulabsolventinnen und Schulabsolventen aus Nordrhein-Westfalen in einem feierlichen Rahmen zu ehren. Wie bei vergleichbaren Ehrungen und Preisverleihungen der Landesregierung (z.B. Landes- und Bundesverdienstordensverleihung, Verleihungen der Rettungsmedaille, der Sportplakette, des Staatspreises für das Kunsthandwerk) war auch bei dieser Ehrung nicht vorgesehen, dass einer der Geehrten einen eigenen Redebeitrag hält.

Bei den geladenen Schülerinnen und Schülern handelte es sich ferner um eine Auswahl von Absolventen, die jeweils unterschiedliche Bildungsabschlüsse an nordrhein-westfälischen Schulen erworben hatten (Hauptschulabschluss, Mittlerer Schulabschluss sowie Abitur). Die Rede eines einzelnen Abiturienten wäre auch aus diesem Grund dem Charakter der Veranstaltung nicht gerecht geworden. Seitens der geladenen Vertreter der Landesschüler/-innenvertretung bestand im Übrigen kein Wunsch nach einem eigenen Redebeitrag.

3. Wer hat im vorliegenden Fall über die Zusammensetzung der Rednerinnen und Redner entschieden?

Die Staatskanzlei in Absprache mit dem Ministerium für Schule und Weiterbildung.

4. Wie bewertet die Landesregierung den oben genannten Fall im Hinblick auf die allseits proklamierte „demokratische Partizipation“?

Eine Partizipation der Jugendlichen durch Reden war bei dieser Veranstaltung auf Grund ihrer Zielsetzung und ihres Charakters nicht vorgesehen. Bei anderen Veranstaltungen der Landesregierung, z. B. "60 Jahre Bundesrepublik – Gehört das Grundgesetz zum alten Eisen?" am 01.09.2008 in Bonn oder die Veranstaltungsreihe „O-Ton-Zukunft“, diskutiert der Ministerpräsident regelmäßig mit Jugendlichen und jungen Erwachsenen zu verschiedenen politischen und gesellschaftlichen Themenbereichen. Darüber hinaus finden auch andere Veranstaltungen im öffentlichen Raum statt, die es Jugendlichen ermöglichen, demokratische Teilhabe praktisch zu erfahren und bereits von ihrer Konzeption her bewusst der Stärkung der demokratischen Partizipation dienen sollen. Beispielhaft kann hier der jährlich stattfindende "Jugendlandtag" angeführt werden.

- 5. *Ist die Landesregierung nachträglich bereit, den konstruktiven Dialog mit den Betroffenen zu suchen und die Anregungen in die Planung der zukünftigen Bildungspolitik einzubeziehen?***

Wie aus der Beantwortung der Frage 4 deutlich wird, besteht kein Anlass zu nachträglichem Handeln. Die Landesregierung wird ihre auf Partizipation und Dialog ausgerichtete Politik fortsetzen.